

Statt Konjunkturförderung: Sparen und höhere Steuern für Arbeitnehmer

Die aktuelle konjunkturelle Belebung schlägt sich schon jetzt in kräftigen Steuereinnahmen nieder. Die Steuerschätzer der Bundesregierung prognostizieren für dieses Jahr Mehreinnahmen von über 13 Milliarden Euro. Hier zeigt sich: selbst ein leichter Aufschwung kann zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Doch der leichte Aufschwung wird mit der aktuellen Finanzpolitik nicht unterstützt. Im Gegenteil: Die Sparpolitik verhindert eine nachhaltige konjunkturelle Belebung. Zusätzlich sorgen ab 2007 erhebliche steuerliche Belastungen gerade für Arbeitnehmer und Verbraucher für eine Belastung der Binnen- nachfrage. Unternehmen dagegen sollen entlastet werden.

Wachstum saniert die öffentlichen Kassen

Der Finanzminister kann sich freuen. Nach vielen Jahren, in denen die Steuereinnahmen schneller wegbrachen, als die Finanzpolitiker kürzen konnten, ist nun eine Trendwende geschafft. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom 11. Mai 2006 sind satte Mehreinnahmen zu erwarten. Die anziehende Konjunktur und kräftig sprudelnde Gewinne der Unternehmen lassen die Kassen der Finanzämter wieder kräftiger klingeln.

Für dieses Jahr können die öffentlichen Kassen mit Mehreinnahmen von 13,4 Milliarden Euro rechnen. Die jüngsten Steuerrechtsänderungen - vor allem die verbesserten Abschreibungsbedingungen für Unternehmen - haben per Saldo noch höhere Steuereinnahmen verhindert. Ab 2007 sorgen dann diverse Steuererhö-

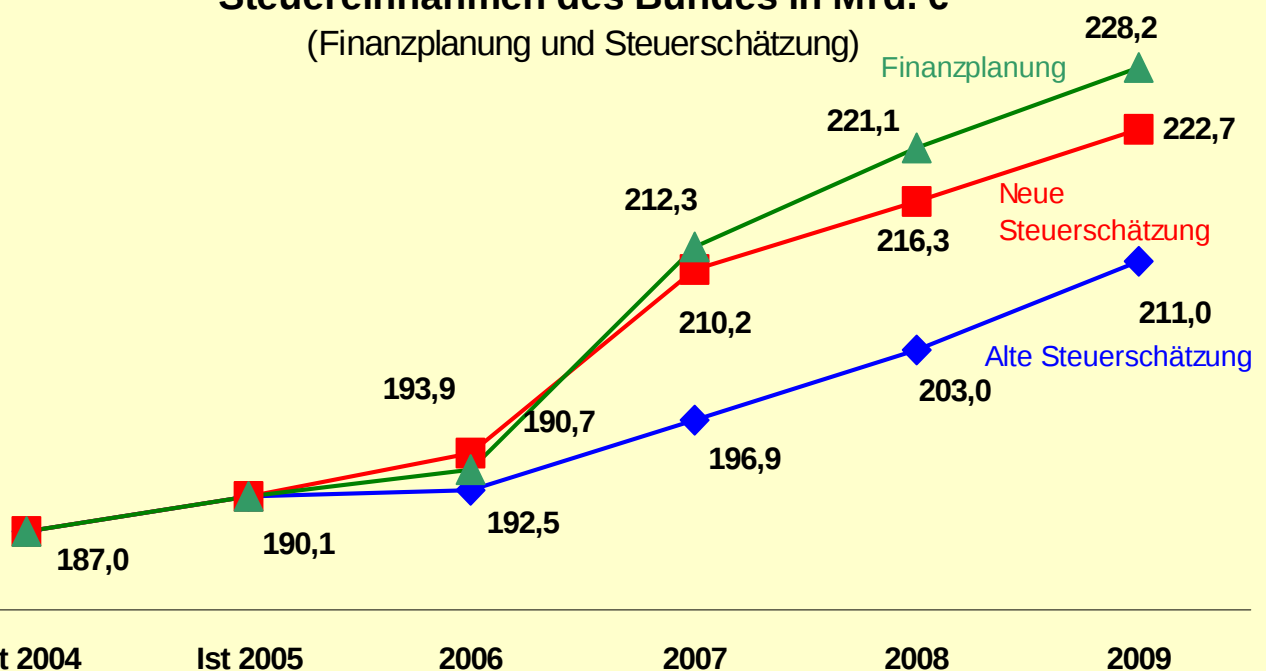
hungen (vor allem die Mehrwertsteuer) für einen noch viel kräftigeren Zuwachs bei den Einnahmen.

Von den höheren Einnahmen profitieren Bund, Länder und Gemeinden. In die Finanzplanung des Bundes sind die Mehreinnahmen gegenüber 2005 zum größten Teil bereits eingestellt. Für die nächsten Jahre enthält der Finanzplan des Bundes sogar höhere Einnahmen als von den Steuerschätzern erwartet. Da die Mehrwertsteuererhöhung aller Voraussicht nach aber das Wirtschaftswachstum dämpfen wird, wird das Steueraufkommen nicht wie gewünscht zunehmen.

Die Ergebnisse kommen nicht überraschend. Es ist eine empirische Erfahrung, dass **ein Staat aus einem Defizit heraus nur „wachsen“ kann.**

Steuereinnahmen des Bundes in Mrd. €

(Finanzplanung und Steuerschätzung)



Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung

Ergebnis Steuerschätzung Mai 2006 Geschätzte Mehreinnahmen gegen Vorjahr in Milliarden Euro				
	2006	2007	2008	2009
Bund	3,7	16,3	6,1	6,4
Länder	5,6	9,3	5,2	5,0
Gemeinden	3,1	0,9	2,0	3,2
EU	1,1	1,8	0,1	-0,5
Insgesamt	13,4	28,5	13,4	13,9

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung, eigene Berechnung

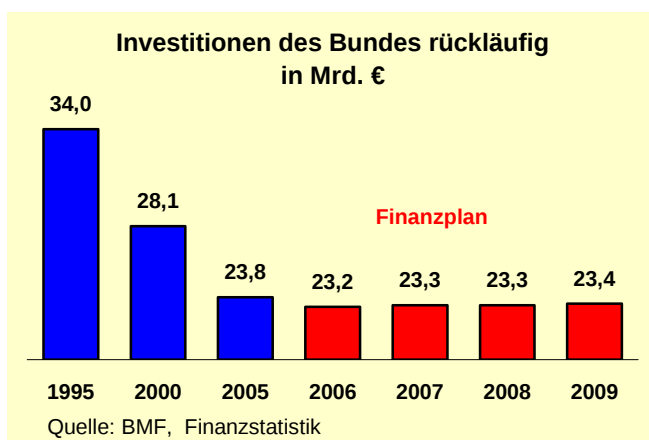
Sparen führt wegen konjunktureller Mindereinnahmen zu noch mehr Schulden. Die Förderung des Wirtschaftswachstums ist eine wirksamere Politik zur Sanierung der öffentlichen Haushalte! Schon ein leichter Aufschwung führt zu deutlich höheren Steuereinnahmen.

Konsolidierungskurs führt nicht zum Ziel

Politisch wäre jetzt dringend geboten, den beginnenden Aufschwung zu stützen! Doch dafür verwendet der Finanzminister die Steuermehreinnahmen nicht.

Zwar will die Bundesregierung - unter anderem mit einem auf vier Jahre verteilten „Investitionsprogramm“ von 25 Milliarden Euro - die Konjunktur stützen. Aber das ist eine Mogelpackung. Tatsächlich geht es darum, ab 2007 die öffentlichen Haushalte wirkungsvoll zu konsolidieren. Denn in Wirklichkeit sieht die Haushaltsplanung des Bundes so aus:

- Mit etwas mehr als 260 Milliarden Euro liegen in 2006 die öffentlichen Ausgaben mit einem Plus von 0,7 Prozent nominal kaum höher als 2005. Zieht man die Preissteigungen ab, so gehen die Ausgaben real sogar zurück. Das ist kein expansiver Ansatz!
- Unter anderem werden die **öffentlichen Investitionen des Bundes 2006 leicht gesenkt und später sogar eingefroren**. Damit geht der Anteil der Investitionen des Bundes am Bruttoinlandsprodukt weiter zurück.



Das ist keine Politik für Wachstum und Arbeitsplätze! Durchaus sinnvolle Einzelmaßnahmen der Bundesregierung werden nichts an der Grundausrich-

tung der Finanzpolitik ändern: Der Bundeshaushalt 2006 dämpft die konjunkturelle Entwicklung. Noch schlimmer kommt es im nächsten Jahr, wenn die Steuererhöhungen greifen. Wie die Erfahrungen zeigen, ist damit langfristig auch keine Haushaltskonsolidierung möglich.

Arbeitnehmer werden stärker belastet

Bereits in diesem Jahr werden Arbeitnehmer durch eine Reihe von Maßnahmen (zum Beispiel die Streichung der Eigenheimzulage) finanziell belastet. Dies wird im nächsten Jahr nicht nur mit der **Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer** verstärkt. **Das Bundeskabinett hat mit dem beabsichtigten Steueränderungsgesetz 2007 ein weiteres Steuerpaket geschnürt, das zu Lasten von Arbeitnehmern geht.**

Steueränderungsgesetz 2007

Das Bundeskabinett hat ein Bündel von Steuerrechtsänderungen beschlossen, die Anfang 2007 in Kraft treten sollen:

- **Abschaffung der Entfernungspauschale** für die ersten 20 Kilometer
- **Halbierung des Sparer-Freibetrages** auf 750 Euro für Ledige und 1.500 Euro für Verheiratete
- Einschränkung der Absetzbarkeit des Arbeitszimmers
- **Kürzung Kindergeld** über abgesenkte Altersgrenzen bei der Gewährung von Kindergeld
- **Steueraufschlag von drei Prozentpunkten** für Arbeitnehmer mit einem Einkommen von über 250.000/500.000 Euro für Ledige/Verheiratete (**Reichensteuer**)

Für die beschlossenen Maßnahmen werden Mehreinnahmen von 4,5 Milliarden Euro erwartet. Der größte Posten ist dabei die Kürzung der Entfernungspauschale mit 2,5 Milliarden Euro. Die Reichensteuer wird dagegen nur 130 Millionen Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen spülen.

Dazu kommt, dass die geplante „Reichensteuer“ endgültig zur Posse verkommt. Nur noch Beschäftigte müssen sie bezahlen. Unternehmer und Selbständige bleiben unbelastet. Das ist ungerecht. Zudem ist die Regierung vom Ziel abgerückt, die ab 2008 geplante große Unternehmensteuerreform aufkommensneutral durchzuführen. **Steuerentlastungen von fünf bis acht Milliarden Euro werden inzwischen offen einkalkuliert.**

Also wieder einmal alte Politik: **Unternehmen werden entlastet, Arbeitnehmer und Verbraucher belastet.** Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem. Die Binnennachfrage wird damit weiter geschwächt. Zusammen mit der restriktiven staatlichen Finanzpolitik sind die Folgen für die Konjunktur fatal. Ein kräftiger Wachstumsschub über mehrere Jahre ist so nicht zu erreichen.